



Auf der deutschen Protestlinie

Quer durchs Land kämpfen Bürger gegen die Stromtrasse Südlink. Eine Reise zu denen, die sich der Energiepolitik in den Weg stellen **VON LAURA CWIERTNIA**

Was tut man, wenn die Zukunft des Landes plötzlich durch den eigenen Vorgarten verlaufen soll? Wenn sie droht, den Acker zu durchpflügen, den Partyschuppen niederzureißen, den Wanderweg zu durchkreuzen?

Eine Bäuerin in Niedersachsen nagelt Holzkreuze zusammen. Ein Politiker aus Thüringen organisiert eine Menschenkette. Ein Anwalt aus Bayern ruft zum zivilen Ungehorsam auf.

Die Zukunft, die alle drei aufhalten wollen, kommt in Form von Stromkabeln. Mehr als 700 Kilometer lang, vergraben in einer bis zu 34 Meter breiten Fläche, genannt die Südlink-Trasse. Glaubt man Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU), sind diese Kabel der direkte Weg in ein neues Zeitalter der deutschen Energiepolitik: Er nennt den Bau »eine Jahrhundertaufgabe«, und die Bundesregierung sieht Trassen wie sie als zentrales Mittel, um das Land mit grünem Strom zu versorgen. Die Kabel sollen die Energie von den Windrädern in Schleswig-Holstein zu Fabriken in Bayern und Baden-Württemberg transportieren. Und Deutschland endlich ein Stück näher an die Klimaziele bringen.

Wären da nicht die Bürger, die dort wohnen, wo die Zukunft einmal hinsoll. Überall entlang der Strecke haben sie Initiativen gegründet, etwa 50 sind es schon. Sie heißen »Bürgerinitiative für ein lebenswertes Werratal«, »Thüringer gegen Südlink e.V.« oder »BI gegen den Trassenwahnsinn«. Vor ein paar Wochen haben die Unternehmen Tennet und TransnetBW bekannt gegeben, wo genau sie die Kabel verubdeln wollen. Die Bundesnetzagentur wird ihren Vorschlag in den nächsten Monaten prüfen, spätestens im nächsten Jahr wollen sie entscheiden. Jetzt bereiten die Aktivisten den Widerstand vor.

Brunsbüttel, Schleswig-Holstein: Ein Fährführer wundert sich

Was viele Menschen im Rest des Landes über den Protest denken, kann man an diesem Morgen in Brunsbüttel erleben, einer Kleinstadt an der Elbmündung in Schleswig-Holstein. Es ist der 1. Mai, halb neun Uhr früh. Auf einem Platz raucht noch das Maifeuer der vergangenen Nacht. Eine Fähre bringt die ersten Autos und Menschen ans andere Ufer ins Industriegebiet. Dort soll der Strom einmal losfließen, 2025, wenn die Trasse fertig gebaut ist.

Südlink ist eine Punkt-zu-Punkt-Verbindung. Wie ein Verlängerungskabel, das vom Wohnhaus in den Schuppen führt, soll es den Strom ohne Unterbrechung von einem Ende zum anderen leiten. Brunsbüttel ist die Steckdose, in die das Kabel gestöpselt wird.

Schon jetzt hat sich die Energiewende hier tief in das Landschaftsbild gezeichnet. Dutzende Oberleitungen tragen den Strom von den Windrädern auf den Feldern und der Nordsee her. Ein Kabel mehr würde hier wohl kaum auffallen.

»Südlink, was ist das?«, fragt der Fährführer. Von der Trasse habe er noch nie gehört. Sie sei ihm aber egal. Als er erfährt, dass Menschen sich vor ihr fürchten, schüttelt er den Kopf. »Die Schiffe hier transportieren Säure und Gas, was soll ein Kabel schaden?« Eine Radfahlerin kommentiert: »Gefährlicher ist wohl das Maifeuer.« Auch der Bürgermeister sagt am Telefon: »Alle in Deutschland wollen die Energiewende. Da müssen wir durch.« Aus ihren Worten spricht das Unverständnis, dem man oft begegnet, wenn man über den Protest spricht. Unverständnis gegenüber Leuten, die ein Projekt verhindern wollen, das hier oben Arbeitsplätze schaffen und die Erde vor der Erwärmung schützen soll. Gebraucht wird es, wenn mit der Energiewende in den nächsten Jahren die Atom- und Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, die bisher viele Orte im Land mit Strom versorgt haben. Der Wind, der vor allem an der Küste weht, soll dann dafür sorgen, dass die Lichter nicht erlöschen. Der Verdacht liegt nahe: Die Demonstranten sind Egoisten. Oder Leugner des Klimawandels. Stimmt das?

Wir sind zu den Menschen gefahren, die sich der Energiepolitik in den Weg stellen, einmal senkrecht durch Deutschland. Über Feldwege und durch Täler, zu Bauernhöfen und in Wohnzimmer, in Gemeindegemeinschaften und an den Stammtischen. Die Reise in sechs

Bundesländer zeigt: Den Menschen geht es um ihren Vorgarten, aber längst nicht nur. Auf der Protestlinie werden Probleme der Energiewende sichtbar – und andere große Konflikte, die diese Gesellschaft spalten.

Döteberg, Niedersachsen: Eine Lehrerin und eine Bäuerin sorgen sich um ihr Zuhause

Auf der Reise ins Aktivistengebiet passiert es leicht, dass man die falsche Abfahrt nimmt. Seit die Südlink-Planung vor fünf Jahren begonnen hat, wurde die Strecke immer wieder verschoben. Und damit auch die Protestlinie. Erst sollten die Leitungen über der Erde verlaufen. Also demonstrierten Tausende gegen die »Monsterrasse«, die ihre Landschaft »verschandeln« und ihrer Gesundheit schaden würde. Im Jahr 2015 brachte Horst Seehofer, damals noch bayerischer Ministerpräsident, das Bundeskabinett dazu, den Aktivisten entgegenzukommen. Die Kabel sollten vergraben werden, obwohl das gut das Dreifache kostet – etwa zehn Milliarden statt drei Milliarden Euro für die gesamte Strecke.

Die Trasse wurde aus dem Blickfeld der Menschen verbannt, nicht aus ihren Gedanken. Zwar verschwanden einige Initiativen. Aber andere machten weiter, ermutigt vom Erfolg ihres Widerstands, und neue wurden gegründet. Im niedersächsischen Döteberg, einem Dorf mit 347 Einwohnern, erst vor drei Wochen.

Mit der Bürgerinitiative »Gegen den Südlink durch Döteberg« will ihre Gründerin Dagmar Israel verhindern, dass die Trasse ihr Dorf erreicht. An diesem Tag hat sie zum zweiten Mitgliedertreffen geladen, ins Dorfgemeinschaftshaus, einem Backsteinbau, wie sie hier in Niedersachsen üblich sind. Es gibt Bier, Rotwein und Bio-Apfelsaft. Als Israel die anderen nun begrüßt, fällt es leicht, sich vorzustellen, dass die 63-jährige Frührentnerin lange als Lehrerin gearbeitet hat: Aufrecht sitzt sie am Tisch und blickt durch eine schwarze Brille in die 26 Gesichter. »Wie schön, dass ihr alle gekommen seid«, ruft sie, »auch wenn wir natürlich mehr sein könnten.«

Vor drei Wochen waren sie noch zu sechst. Israel organisierte Plakate, sprach mit der Lokalzeitung. Auf einem Maifest verteilte sie Flyer, schrieb sogar ihre private Telefonnummer darauf. »Das ist jetzt fast ein Halbtagsjob für mich«, sagt sie.

Warum sie das macht? »Ich habe Angst, dass mein Paradies zerstört wird!« Israel wohnt nur ein paar Straßen entfernt in einem Altbau mit Blick auf eine Feldwiese. Vor ihr Gartentor soll die Trasse verlegt werden. Der Netzbetreiber Tennet verspricht zwar, dass sie nichts davon merke, wenn die Kabel einmal in der Erde vergraben sind. »Aber wer weiß, ob das stimmt«, sagt Israel. »Bei der Atomenergie hat man auch gesagt, das sei nicht gefährlich.« Misstrauen ist ein Gefühl, das einem auf der Strecke oft begegnet.

Eine Frau meldet sich im Gemeinschaftshaus besonders häufig. Sie heißt Tanja Reverey und lebt im Nachbarort Everloh. Bis vor einer halben Stunde stand sie dort noch auf dem Feld, pflanzte Zwiebeln, Erbsen, Kohlrabi. »Unser Boden ist einer der fruchtbarsten in Deutschland, das kann man doch nicht einfach kaputt machen«, sagt sie mit leiser Stimme.

Reverey ist 43 Jahre alt und Bäuerin. Sie hat Angst um ihre Existenz. Seit beinahe 500 Jahren gehört ihrer Familie der Hof, ihre Tochter möchte ihn bald übernehmen. Nun liegen 90 Prozent ihrer Felder auf der Fläche, die das Unternehmen für die Trassenstrecke markiert hat. Sie hat aus der Zeitung davon erfahren. »Das war ein heftiger Morgen«, sagt sie.

Der Netzbetreiber zahlt Eigentümern zwar eine Entschädigung dafür, dass ihr Land aufgegraben und ein Kabel hindurchgelegt wird, 35 Prozent von dem, was der Boden wert ist. Landwirte wie Reverey bekommen auch für die Ernte einen Ausgleich. Später sollen die Pflanzen darüber wieder wie gewohnt wachsen. Aber Reverey glaubt nicht, dass es damit getan ist. »Das zerstört doch die gesamte Bodenstruktur.« Die Frau, die jeden Tag mit den Händen im Boden gräbt, hat einen anderen Blick auf das Land als Städter, die zwischen Leitungen und Beton leben. Auch Umweltschützer sehen die Trasse und ihren Bau skeptisch. Das liegt vor allem daran, dass es damit in Deutschland bisher kaum Erfahrungen gibt.

In Döteberg kann man es schon sehen: Je mehr Menschen man trifft, desto schwerer fällt es, sie alle unter dem Wort »Trassengegner« zu sammeln. Die



DIESE WOCHE

Verena Bahlsen

Die Familien-Unternehmerin hat die Zwangsarbeit in der Firma verharmlost. Wie konnte es dazu kommen? Die Fragen der Woche

Seite 23

Fette Jahre

Die Krise kommt, die Konjunktur bricht ein, mit Deutschland geht es bergab? Warum die Aussichten in Wahrheit besser sind

Seite 27

Graue Herren

Der ADAC wählt ein Präsidium ohne Frauen und gerät in einen Shitstorm. Dabei will der Chef August Markl den Verein erneuern

Seite 32

STANDPUNKT

Die respektlose Rente

Die SPD verfolgt unsoziale Ideen zur Alterssicherung

Was hat mein Besuch beim Arzt mit der Rente meines Nachbarn zu tun? Nichts. Bisher jedenfalls. Doch das könnte sich mit der von der SPD geforderten Grundrente ändern. Um sie zu finanzieren, wollen SPD-Politiker offenbar bei den Krankenkassen zugreifen. Geld, das bisher für Medikamente, Operationen oder Arztbesuche zur Verfügung stand, soll in die neue Rente umgeleitet werden. Das klingt nicht nur absurd, das ist es auch. Der Gipfel ist, dass wohl nur Versicherte der gesetzlichen Krankenkassen geschröpft würden, privat Versicherte blieben außen vor. Sozialdemokraten, seid ihr noch bei Sinnen?

Die Grundrente soll künftig erhalten, wer mindestens 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat und trotzdem nur eine niedrige Rente bekäme. Sie würde dann aufgestockt. Geschätzte Kosten: vier bis zehn Milliarden Euro pro Jahr. Viel Geld. Woher soll es kommen?

Der nun bekannt gewordene Finanzierungsplan ist so bizarr wie unsozial. Durch komplizierte Manöver würde aus der Kranken- und der Arbeitslosenversicherung ein Milliardenbetrag abgezweigt. An einem derartigen Konzept basteln laut Spiegel Arbeitsminister Hubertus Heil und Finanzminister Olaf Scholz, beide SPD.

Das es solche Überlegungen gibt, wollen die beteiligten Ministerien nicht bestätigen, aber auch nicht dementieren. Sie möchten sich alle Optionen offenhalten. Dabei ist schon die Idee fragwürdig, das Geld aus den Kassen für Arbeitslose und Kranke zu nehmen. Es wird dort gebraucht. Etwa wenn sich die Konjunktur verschlechtert und Kurzarbeit eingeführt werden muss. Und im Gesundheitsystem leiden schon heute viele Ärzte, Patienten und Krankenhäuser unter ständigem Sparzwang.

Unsozial ist der Plan zudem, weil er normale Arbeitnehmer besonders belastet. Beamte dagegen, Abgeordnete und Selbstständige bleiben verschont, denn sie zahlen in der Regel keine Sozialbeiträge. Die Grundrente soll aber Altersarmut bekämpfen. Das ist eine Aufgabe, für die alle zahlen müssten.

Die Verrenkungen, die jetzt nötig sind, um Geld aufzutreiben, zeigen: So stark wie bisher wachsen die Steuereinnahmen nicht mehr. Rentenpolitik muss aber relativ normale Zeiten wie heute im Blick haben – und die wirklich düsteren. Eine heute zugesagte Rente ist noch in Jahrzehnten zu zahlen, egal wie die Wirtschaft dann läuft. Deshalb müsste eine Grundrente solide finanziert sein und nicht windig.

KOLJA RUDZIO

Auf der deutschen Protestlinie Fortsetzung von S. 21

beiden Frauen aus Niedersachsen könnten kaum unterschiedlicher sein: Dagmar Israel hat schon in den Achtzigerjahren gegen Energiepolitik protestiert, damals noch gegen Atomkraft. Tanja Revery war an Ostern das erste Mal in ihrem Leben auf einer Demonstration. »Das macht man ja sonst nicht an so einem Feiertag«, sagt sie.

Was die beiden verbindet, ist ihre Betroffenheit. Man könnte auch sagen: das Sankt-Florians-Prinzip. Das besagt, dass Menschen so lange mit Veränderungen einverstanden sind, bis diese sie persönlich betreffen. Israel und Revery hatten nichts gegen die Trasse, solange sie glauben konnten, dass sie nicht vor ihrem eigenen Garten oder durch ihre eigenen Felder verlaufen würde.

Das Sankt-Florians-Prinzip ist eines der Hauptargumente, um den Südlink-Protest zu entkräften. Ein Sprecher des Netzbetreibers Tennet führt es an und sogar die Aktivisten selbst. »Hätten wir bloß schon vor drei Jahren demonstriert«, sagt Tanja Revery. Als die Trasse noch im Osten von Hannover langlaufen sollte. Nicht wie jetzt bei ihnen im Westen. »Gut, ein bisschen Egoismus gehört dazu«, sagt Dagmar Israel, »das muss man zugeben.«

Allerdings gehen viele Argumente von Aktivisten wie Israel und Revery über das eigene Grundstück hinaus. Sie sorgen sich um urale Wälder, um Heilquellen und seltene Tiere, um den Tourismus, das Überleben ihrer Region. Das Sankt-Florians-Prinzip lässt sich auch anders interpretieren: In einer Welt, in der die Probleme kompliziert scheinen, kann man als Bürger leicht wegsehen. Erst wenn sie direkt vor der Haustür ankommen, ist man gezwungen, sich damit zu beschäftigen.

Hessen, Bad Sooden-Allendorf: Ein Museumsvorstand fürchtet die Diktatur

Auf dem Weg entlang der geplanten Trasse wandelt sich die Landschaft. Eben war da noch plattes Land, nun steigen die Hügel an. Bad Sooden-Allendorf, ein Kurort mit knapp 8600 Einwohnern in Hessen, liegt in einem Tal, durchzogen von Wäldern und der Werra, einem braungrünen Fluss. Statt Backsteinbauten säumen blank geputzte Fachwerkhäuser die Straße. Auch die Stimmung hier ist eine völlig andere. Während die Menschen in Döteberg besorgt wirkten, sind die Bad Sooden-Allendorfer wütend.

An diesem Abend bricht ihre Wut sich Bahn. »Wir werden enteignet!«
»Das ist Volksverdrummung mit Gewinnoptimierung!«

»In diesem Land wirst du bekloppt!«
Vier Männer und eine Frau sitzen an einem Tisch im Gasthaus Pelikan. Sie gehören zu »Werra-Meißner gegen Südlink«, einem Verein mit 118 Mitgliedern.

Entstanden ist ihre Wut am 21. Februar. Da erfuhren sie, dass der Südlink durch ihr Tal laufen soll. Noch am selben Tag richteten sie eine Facebook-Seite ein, wenig später riefen sie zu einer Demonstration auf, bei einer Infoveranstaltung des Netzbetreibers. »Wir haben mit 300 Mann die Halle gestürmt!«, ruft Stefan Heuckenroth-Hartmann, »und glauben Sie mir, da bin ich nicht so ruhig geblieben wie jetzt.«

Heuckenroth-Hartmann, 59, ist der Erste Vorsitzende des Vereins, aber wer ihm begegnet, könnte meinen, er sei der Stadtfürst. An seinem Hosenhund hängt ein riesiger Schlüsselbund. Wenn er spricht, dann so schnell, als wolle er sich selbst vom Nachdenken abhalten. Und er spricht fast die ganze Zeit.

In seinen Worten wird die Trasse zu einer Bedrohung, die weit über die Gefahr für Gärten und Äcker hinausgeht. »Das sind Methoden wie in einem totalitären Regime, ach was, ich sage ja immer: Das ist die DDR 2.0!«

Nur einen Kilometer von Bad Sooden-Allendorf entfernt verlief die Grenze zur DDR. Ein Mensch wurde hier erschossen, wo einmal der Todesstreifen war. Es ist nicht so, dass Stefan Heuckenroth-Hartmann die Geschichte nicht kennt. Er sitzt sogar im Vorstand des Grenz museums. Auch die aktuelle Politik ist ihm nicht fremd, er ist Mitglied der CDU. Trotzdem spricht er über die Entscheidung der Bundesregierung, eine Trasse zu bauen, wie über den Befehl in einer Diktatur.

Längst nicht alle in Bad Sooden-Allendorf sehen es so radikal wie Heuckenroth-Hartmann. Aber auch aus ihnen spricht die Ablehnung, von Politikern und Konzernen, gegen die da oben, die den kleinen Bürgern das Leben schwer machen. Die Menschen im Gasthaus Pelikan sehen ihre Heimat bedroht und haben die Schuldigen dafür ausgemacht: »Berlin«, »die Lobbyisten«, »den europäischen Stromhandel«. Vor allem dass es sich bei dem Netzbetreiber um einen niederländischen Staatskonzern handelt, der ihre Heimat aufbuddeln will, stört viele. Und Gerüchte befeuern ihren Zorn. »Tarek Al-Wazir wird von Tennet bezahlt«, behauptet ein Mann am Tisch über den hessischen Wirtschaftsminister. Woher er das weiß? »Steht im Internet.«

In ihren Sätzen schwingt eine diffuse Angst mit, die man auch anderswo in Deutschland findet: vor einer fremden Macht, die sie nicht kontrollieren können. Getrieben durch die Globalisierung, die Finanzmärkte oder die EU. Eine Stromtrasse, die unter der Erde liegt, wird da zu einem Symbol, das man bekämpfen kann.

Ein Symbol haben die Menschen auch in die Landschaft gebaut, überall entlang der Protestlinie, auf Feldern, durch die die Trasse laufen soll, neben Absperrband und Plakaten: zwei Holzplanken, zusammengenagelt zu einem Kreuz. Es erinnert an das Zeichen, das die Atomgegner den Castor-Transporten entgegenstreckten, nur dass es nicht gelb ist, sondern rot. Eine Frau aus Bad Sooden-Allendorf hat es sogar in die Statuszeile unter ihren WhatsApp-Namen getippt: X Kein Südlink X. Protest als Visitenkarte.

Thüringen, Rhönblick: Ein Bürgermeister fühlt sich benachteiligt

Während man in Hessen auf die Politik schimpft, führt in Thüringen ein Politiker den Protest an. Christian Friedrich ist Bürgermeister von Rhönblick, einer Gemeinde mit knapp 3000 Einwohnern. Seit drei Jahren kämpft Friedrich mit der Bürgerinitiative »Thüringer gegen Südlink« gegen die Trasse. »Als Privatperson natürlich«, wie er betont. Wie kommt er, der täglich mit der Politik zu tun hat, dazu, sich einem Ziel entgegenzustellen, das die Bundesregierung für so wichtig hält?

Die Stationen des Protests



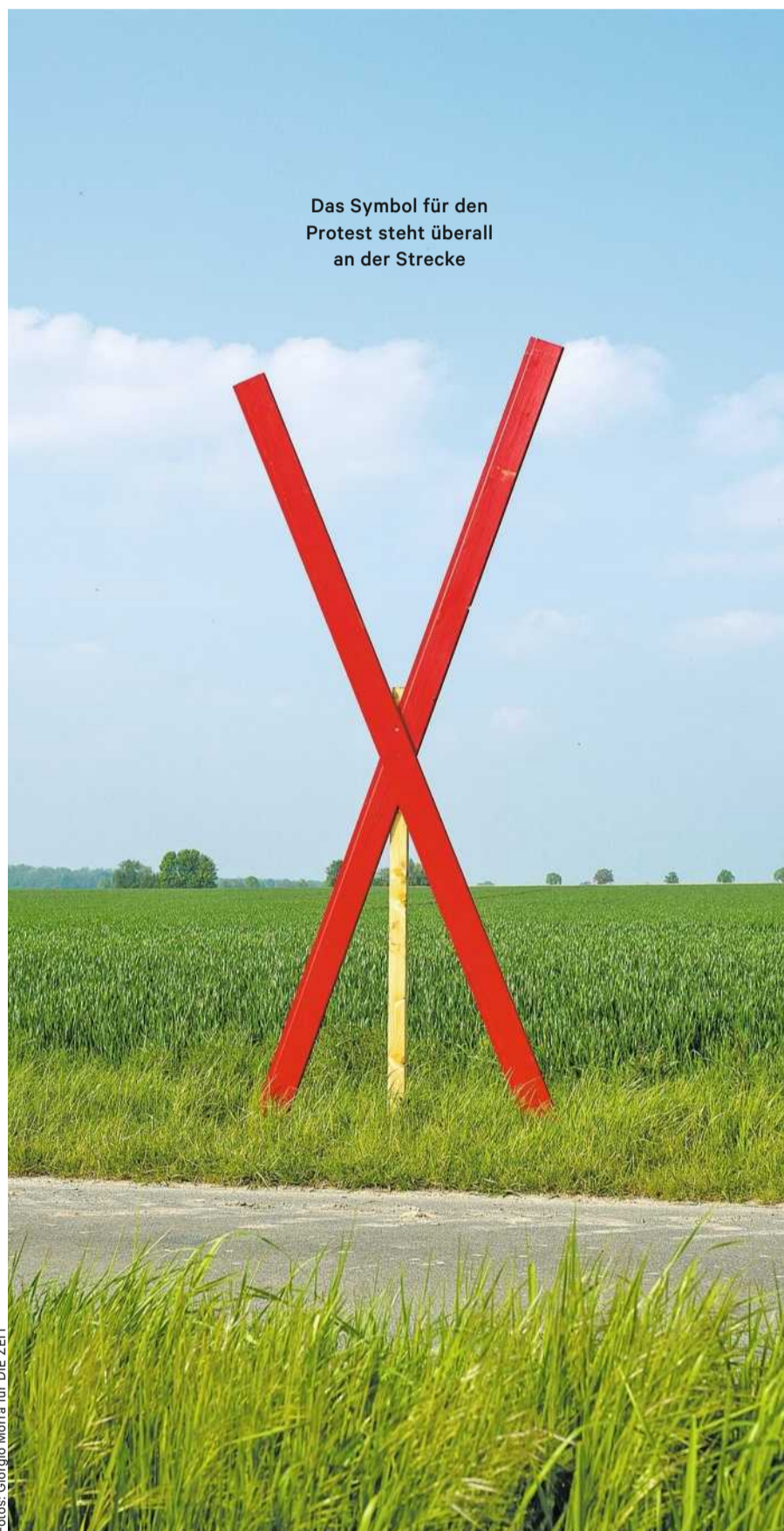
»Bei der Atomenergie hat man auch gesagt, das sei nicht gefährlich«

Dagmar Israel, Döteberg, Niedersachsen



»Das sind Methoden wie in einem totalitären Regime!«

Stefan Heuckenroth-Hartmann, Bad Sooden-Allendorf, Hessen



Das Symbol für den Protest steht überall an der Strecke

Fotos: Giorgio Morra für DIE ZEIT



»Man hat das Gefühl: Mit den Thüringern kann man es ja machen«

Christian Friedrich, Rhönblick, Thüringen



»Wir könnten den grünen Strom genauso gut dezentral produzieren«

Norbert Kolb, Bergheinfeld, Bayern

Friedrich schlägt vor, ihn zu einem Termin zu begleiten, oben auf einer Bergwiese. Es nieselt auf seine dicke Daunenweste, seine Augen tränen vom kühlen Wind. Zusammen mit vier anderen Männern blickt er auf eine ausgedruckte Karte. Sie zeigt das Gebiet, das vor ihren Füßen liegt: ein See, der an diesem Morgen silbern schimmert. Hügel, Wald, Felder. Und zwei mögliche Fahrradwege, blau markiert. Sie führen vom Tal bis hier hoch. Einer westlich, einer östlich. »Der Weg ist 570 Meter kürzer!«, ruft ein Mann mit Rauschebart. »Aber eben viel steiler«, erwidert Friedrich.

Er will den Fahrradweg hier bauen lassen, um Touristen anzulocken. Der Mann mit dem Rauschebart ist von der Naturschutzbehörde, er will durchsetzen, dass so wenig Waldboden wie möglich asphaltiert wird. Die Gesetze sprechen für ihn: Die Gegend ist ein Naturschutzgebiet. »Wir dürfen hier in manche Gärten nicht mal eine Hundehütte bauen«, sagt Friedrich später im Auto, »da frage ich mich natürlich: Warum darf jetzt eine riesige Trasse bei uns verlegt werden?«

Er weiß, dass es mit dem »Netzausbaubeschleunigungsgesetz« zu tun hat. Das erklärte den Bau von Stromtrassen wie Südlink 2011 zum öffentlichen Interesse, damit er schneller geht. Zwar muss die Bundesnetzagentur sich dabei auch an Umweltschutzgesetze halten. Sie kann aber abwägen: Wo richtet die Trasse am wenigsten Schaden an? Findet sie keine Alternative, kann es auch eine Gemeinde wie Rhönblick treffen.

Der Bürgermeister ist niemand, der auf »die da oben« schimpft. »Aber man fühlt sich schon ungerecht behandelt«, sagt er. Friedrich ist 34 Jahre alt, hauptberuflich arbeitet er als Sachbearbeiter beim Landratsamt. Seine Arbeit als Bürgermeister macht er ehrenamtlich, seit fünf Jahren schon. Man nimmt ihm ab, dass er die Region voranbringen will – und dass es schwierig ist. »Wir haben hier keine Industrie, wir haben nur unsere Landschaft.«

In Rhönblick zeigt sich das Problem, dass die Stromtrasse wie ein Verlängerungskabel funktioniert: Während die Regionen am Start- und Endpunkt profitieren, liegt die Trasse den Menschen dazwischen nur im Weg herum. Mehr noch: Sie laufen Gefahr, darüber zu stolpern. Auch finanziell. Für den Ausbau der Stromnetze zahlen die Kunden. Schon jetzt machen die sogenannten Netzentgelte im Schnitt etwa 25 Prozent der Stromrechnung aus. Sie sollen in den nächsten Jahren weiter steigen.

»Wir sollen dafür zahlen, dass Bayern Strom hat.« Das ist ein Satz, den man an der Strecke öfter hört. Christian Friedrich sagt ihn so nicht. Aber auch er sieht das Problem: »Wir sollen keine Osis und Wessis mehr sein, aber die Trasse schafft wieder Konkurrenz zwischen den Regionen.« Das liegt auch an der Planung: Die Unternehmen diskutierten immer wieder andere Routen. Anhand von 140 Kriterien wählten sie schließlich aus: Welcher ist der kürzeste Weg, welcher der einfachste? Wo leben viele Menschen? Oder bedrohte Tiere? Dass Südlink nun durch Rhönblick laufen soll, will Friedrich aber nicht verstehen. »Man hat das Gefühl: Mit den Thüringern kann man es ja machen.«

Der Eindruck, benachteiligt zu werden, ist einer, den der Bürgermeister aus Rhönblick mit anderen Aktivisten teilt. Die meisten Orte an der Trasse liegen in der Provinz. In den Gesprächen wird deutlich, dass sich viele vergessen fühlen, von denen in der Stadt, die entscheiden, was sie auf dem Land ausbaden müssen.

Das macht den Protest interessant für Kräfte, die mit Minderwertigkeitsgefühlen spielen. »Bei einer Demo hatten wir leider die Rechtsextremen da«, sagt Friedrich. Und in Bad Sooden-Allendorf erzählt eine Frau: »Die AfD spammt uns zu.« Die Partei schimpft seit Längerem auf die Energiewende. Eine Trasse, die dem Klimaschutz dienen soll und von der Bürger glauben, sie zerstöre ihre Heimat, passt gut ins Konzept.

Bayern, Bergheinfeld: Ein Landwirt will die Energiewende neu planen

Die Reise entlang der Protestlinie legt Spannungen offen. Zwischen Stadt und Land, Heimat und Fremde, zwischen den Kommunal- und den Hauptstadtpolitikern, zwischen Menschen, die etwas bekommen sollen, und anderen, die etwas geben müssen. Doch all das beantwortet nicht die wichtigste Frage: Weshalb richtet sich ihr Ärger ausgerechnet gegen eine Trasse, von der die Bundesregierung sagt, dass sie die Energiewende vorantreibt? In vielen Orten auf der Strecke werden zur selben Zeit Bahnstrecken oder Autobahnen gebaut. Zwar gibt es auch dagegen Protest, aber der ist meist viel kleiner. Christian Friedrich sagt sogar: »So viele wie gegen Südlink haben sich bei uns lange nicht engagiert.« Dabei bestreitet kaum jemand den Klimawandel. Von allen, die wir auf dieser Reise treffen, nennt nur einer die Trasse »Öko-Terror« und die Klimaaktivistin Greta Thunberg »Greta Thunfisch«. Alle anderen hatten keinen Zweifel daran, dass sich die Erde erwärmte – und waren doch gegen die Trasse. Warum?

Eine Antwort findet man bei Norbert Kolb, 50, in Bergheinfeld, einer Gemeinde mit gut 5300 Einwohnern in Nordbayern. Hier soll ein Abschnitt der Trasse ankommen, ein zweiter führt nach Baden-Württemberg. Wie oben in Brunsbüttel ist die Gegend gezeichnet von der Energiewirtschaft: Etwa 150 Strommasten stehen in der Landschaft, dazwischen die beigefarbenen Türme eines stillgelegten Atomkraftwerks. »Als ich acht Jahre alt war, habe ich mit meinen Eltern auf Schlepptagen dagegen demonstriert«, sagt Kolb, »aber irgendwann haben wir uns damit arrangiert.«

Mit der Südlink-Trasse will Kolb sich nicht arrangieren. Seit fünf Jahren kämpft er dagegen. In breitem fränkischem Dialekt erklärt er, warum. »Wenn ich wüsste, dass ohne die Trasse in Schweinfurt die Lichter ausgehen, wäre ich nicht dagegen«, sagt er. Aber genau das bestreitet er. Und zwar wegen eines Arguments, das sämtliche Trassengegner vorbringen: »Wir könnten den grünen Strom genauso gut dezentral produzieren.« Also mit Windrädern oder Solaranlagen hier aus der Region. Es ist der Traum von einer überschaubaren Lösung für ein unübersichtliches Problem.

Aber ist das möglich? Und zwar nicht nur in Dörfern, sondern in Städten wie Schweinfurt, mit Industriebetrieben und Zehn- oder gar Hunderttausenden Einwohnern? Über diese Frage wird auch abseits der

Protestlinie diskutiert. Spricht man mit den Aktivisten, fällt immer derselbe Name: Claudia Kemfert. Sie ist Energieexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und nennt den Netzausbau seit Jahren »überdimensioniert«. In Interviews kritisiert sie Trassen wie Südlink und fordert eine dezentrale Energiewende.

Haben die Aktivisten also recht? Bei der Bundesnetzagentur in Bonn seufzt der Sprecher, sobald man ihn am Telefon nach Claudia Kemfert fragt. Er sagt: »Unsere Berechnungen bei Südlink kommen zu einem völlig anderen Ergebnis als Frau Kemfert.« Auch Wissenschaftler geben ihm recht, von der RWTH Aachen oder der Universität Münster zum Beispiel. Die Aktivisten in ihren Dörfern können nicht herausfinden, wer von ihnen recht hat. Für ihren Protest ist das egal: Der Zweifel reicht, um die Ablehnung zu schüren.

Vor allem da dieser Zweifel auf einen Eindruck trifft, den sie mit vielen Menschen fernab der Trasse teilen: das Misstrauen gegenüber der Energiewende. So fand das Potsdamer Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung heraus, dass zwar die meisten Deutschen die Reform unterstützen. Allerdings meint mehr als die Hälfte, sie werde »chaotisch« und »ungerecht« umgesetzt. Die Aktivisten machen diesen Zweifel zum Prinzip: Sie wollen, dass die Bundesregierung das Klima schützt. Sie glauben bloß nicht, dass die Trasse das richtige Mittel dafür ist.

In diesen Tagen haben die Netzbetreiber wieder überall an der Strecke »Infomärkte« organisiert, auf denen die Bürger ihre Zweifel loswerden konnten. Etwa im »Burgensaal« eines Hotels in Bebra. Mit Landkarten, Lupen, interaktiven Bildschirmen. Das Unternehmen verschenkte Brezeln und Limonade. Zehn Mitarbeiter beantworteten Fragen. Der Projektsprecher Thomas Wagner, 36, sprach dabei stets so freundlich, dass leicht zu verstehen ist, warum Norbert Kolb ihn hier in Bergheinfeld nur »den Lächler« nennt.

Auch sonst gibt der Tennet-Mitarbeiter sich bürgerlich. Über eine Hotline können Menschen ihn permanent auf seinem Handy anrufen. Das Problem an der Sache: Als Vertreter des Unternehmens ist er nicht unabhängig. Ausgerechnet derjenige, der mit der Trasse sein Geld verdient, soll den Menschen die Ängste davor nehmen. Da gedeiht die Wut fast von allein. »Das ist doch alles fucking bullshit«, sagt Norbert Kolb.

An seinem Unmut zeigt sich ein Problem: Die Menschen fühlen sich übergangen. Zwar lud die Bundesnetzagentur vor zwei Jahren zu »Antragskonferenzen« ein, auf denen Bürger Einwände vorbringen konnten. Vor einigen Monaten machte Wirtschaftsminister Altmaier eine »Netzausbaureise« in das Protestgebiet. Da stand die Meinung dort längst fest.

In ihren Köpfen hat sich mit den Jahren ein Bild von der Trasse eingepreßt, das sich nun nicht mehr verwischen lässt. Es zeigt Politiker, die in der Ferne Pläne schmieden, die ihr Zuhause bedrohen, ihren Garten, ihren Hof, ihre Gemeinde. Und das, obwohl, so glauben sie, ihr Opfer am Ende niemandem nützt. Dieses Bild ist der Grund, warum die Menschen sich der Trasse so vehement in den Weg stellen.

Hessen, Burghaun: Konkurrenten werden zu Verbündeten

Bevor sie endet, führt diese Reise noch einmal zurück. Nach Burghaun, einer Kleinstadt in Hessen, gleich in der Nähe von Bad Sooden-Allendorf. An diesem Mittag haben sich hier 28 Menschen versammelt. In einem Gasthaus, verteilt an drei langen Tafeln. Es ist der Bundesverband der Bürgerinitiativen gegen Südlink. Von überall an der Strecke sind Protestler angereist, aus Bergheinfeld, aus der Nähe von Rhönblick, aus Bad Sooden-Allendorf.

Sie wollen an diesem Tag gemeinsam ihren Widerstand planen. Die Stimmung erinnert an ein Klassentreffen. Viele haben sich noch nie gesehen, trotzdem begrüßen sie sich wie alte Freunde. Und das, obwohl sie alle wissen, dass sie in den nächsten Wochen zu Konkurrenten werden: Noch bis Ende Juni können die Bürger ihre sogenannten Einwendungen an die Bundesnetzagentur schicken. Argumente, warum die Trasse nicht vor ihrer eigenen Haustür laufen soll. Man könnte auch sagen: Vorwände, um sie auf einen anderen Ort abzuwälzen. Denn wie die Trasse loswird, sorgt dafür, dass jemand anders sich mit ihr abfinden muss. Wie kommt es, dass sie hier trotzdem zusammensitzen?

»Wir dürfen nicht gegeneinander arbeiten«, ruft ein Mann aus Thüringen später an diesem Tag. »Solidarität ist unsere einzige Chance«, sagt eine Frau aus Hessen. Ein Mann aus Bayern betont, das Sankt-Florians-Prinzip schade am Ende ihnen allen. In diesem Moment wird klar: Das Ziel der Aktivisten hat sich verschoben. Ihnen geht es jetzt nicht mehr nur darum, den Weg der Trasse zu ändern. Sie wollen verhindern, dass sie gebaut wird. Und zwar gemeinsam, wie ein festes Band, das die Bagger aufhält.

Am Ende der Protestlinie, bleibt das Gefühl: Vielleicht war es ihr Vortagen, der die Menschen auf die Straße gebracht hat. Für die meisten ist er aber schon lange nicht mehr der Grund, warum sie dort bleiben.

www.zeit.de/audio

HINTER DER GESCHICHTE

Die Recherche: Die Wirtschaftsredakteurin Laura Cwiernia und der Fotograf Giorgio Morra reisten zusammen die Strecke der geplanten Südlink-Trasse ab: in vier Tagen durch sechs Bundesländer. Auf dem Weg machten sie in zwölf Orten halt. Sechs wählten sie exemplarisch für diesen Artikel aus.

Die Reaktion: Die meisten Aktivisten reagierten offen auf die Journalisten. Viele warteten auch dann auf sie, wenn die Reise sich verzögerte, einer empfangt sie schon unter der Autobahnbrücke. Andere waren skeptisch. Eine Frau sagte: »Manche Medien haben uns wie Indianer dargestellt.« Und einige versuchten, sie zu instrumentalisieren. Mit Sätzen wie: »Zeit, dass die Presse uns da unter die Arme greift.«